

Grußworte nationaler Bündnispartner



Bundesausschuss Friedensratschlag

Liebe Genossinnen, liebe Genossen der DKP,
ich danke euch sehr für die Einladung, hier sprechen zu dürfen. Ich bin im Bundesausschuss Friedensratschlag aktiv. Aber heute grüße ich euch vor allem herzlich im Namen der Initiative „Nie wieder Krieg – die Waffen nieder“, die den Berliner Appell zu verantworten hat und der Friedenskoordination Berlin, kurz FRIKO, Netzwerk gegen den Krieg, der ich seit 1980 angehöre. Auf den monatlichen Plena der FRIKO trafen sich Anfang der 80er weit über 100 Gruppen und Initiativen, wir arbeiteten nach dem Konsensprinzip, was unser Überleben über all die vielen Jahre bis heute hinweg ermöglichte.

Die SEW, die DKP Westberlins sozusagen, deren Mitglied ich war, war für die Friedensbewegung, wie auch die DKP in der BRD, die verlässlichste Partnerin, eine Partnerin, die viel Zeit, Energie, Knowhow, logistische und finanzielle Unterstützung einbrachte, ohne sich in der Öffentlichkeit in den Vordergrund zu drängen. Nein, sie war stets bemüht, das Gemeinsame, das Konsensuale nach vorne zu bringen.

Die DKP hat die sogenannte Wende überlebt, die SEW nicht, ihr habt euch geschüttelt und weitergemacht, nicht aufgegeben und eure Ziele nicht verraten und seid auch heute die verlässlichste Partnerin der Friedensbewegung, uneitel, an der Sache orientiert und immer noch, ohne euch in den Vordergrund zu drängen. Weil es euch um die Sache geht, um die politischen Ziele und nicht um Personengeschacher. Das wollte ich mal sagen und euch dafür aus tiefstem Herzen danken.

Um den Weltfrieden steht es heute so schlecht wie nie zuvor seit der Zerschlagung des Faschismus und dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Welt war zwar nie von Kriegen befreit, doch im Moment spielt der US-Imperialismus in Komplizenschaft mit den Ländern, die weiterhin an der hegemonialen Ordnung festhalten wollen, total verrückt und läuft Amok. Und unsere Regierung scheint irre geworden.

Mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag 1990, der den Beitritt der ehemals Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik besiegelte, unterzeichnete das Neue Alte Deutschland ein Abkommen, wonach von Deutschland nur mehr Frieden ausgehen darf. Nur mit dem Versprechen, dass die NATO sich nicht weiter nach Osten ausbreiten wird, stimmte die damals noch existierende Sowjetunion diesem Vertrag zu.

Wir alle wissen, wie es weiterging und was Versprechen bzw. Verträge wert sind, nämlich oftmals nichts: Es folgten nämlich die Beteiligung der Bundeswehr an Auslandseinsätzen, die Zerschlagung Jugoslawiens, bei der derselbe Genscher, der vor laufender Kamera ein Jahr zuvor noch verkündet hatte, die NATO werde sich keinen Zentimeter nach Osten ausbreiten, nun als einer der ersten Slowenien und Kroatien anerkannte.

Beteiligung der Bundeswehr am völkerrechtswidrigen Krieg in Jugoslawien ein paar Jahre, für den

der nie grüne, aber immer olivgrüne Fischer mit seiner Lüge, ein zweites Ausschwitz verhindern zu wollen, die Begründung lieferte.

Und natürlich dehnte sich die NATO nach Osten aus, stetig, mit begeisterter Zustimmung der Deutschen Regierungen. Provokationen gegenüber Russland, dem Rechtsnachfolger der SU, die sich in immer mehr Stützpunkten entlang seiner Grenze und aggressiven Großmanövern ausdrücken, finden ihren momentanen Höhepunkt darin, die erste feste Deutsche Brigade in Litauen aufzustellen. Deutsche Soldaten, dauerhaft an der weißrussischen Grenze, die Geschichte wiederholt sich.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine war durchaus provoziert und hat eine lange Vorgeschichte. Jahrelange Versuche von Seiten Russlands, seine Sicherheitsinteressen berücksichtigt zu wissen, die mit der Ankündigung einer möglichen NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und die milliardenschwere Aufrüstung durch den Westen die letzte rote Linie überschritt, blieben ungehört. Merkel beteiligte sich daran, die Minsker Verträge nicht umzusetzen, weil der Krieg vom Westen gewollt, provoziert, finanziert war und auch am Leben gehalten wird, ungeachtet dessen, was er für Verheerungen im Land hinterlässt und der ukrainischen Bevölkerung antut.

All das geschieht ohne eine kritische unabhängige Berichterstattung, im Gegenteil, die Medien rennen in vorseilendem Gehorsam vor der Politik her. Und es wird aus allen medialen Rohren geschossen: Der Russe ist böse, er bedroht uns, er will Europa überrennen.

Wie damals! 1941. Selbst die Worte von damals werden heute recycelt: Am 3. Oktober 1941 verkündete Hitler im Sportpalast eine ZEITENWENDE. Die Gefahr eines zweiten Mongolensturms auf Europa und auf die Freiheit hätte nur deshalb abgewendet worden können, weil die Wehrmacht beherzt in die Sowjetunion einmarschiert sei.

Vor drei Jahren benutzte Scholz dieselben Worte, um den Weg Deutschlands zur Kriegsvorbereitung zu ebneten.

Oder: Hitlers Denkschrift für den Vierjahresplan im August 1936 endete mit dem Satz: „Die deutsche Armee muss in 4 Jahren einsatzfähig sein. Die deutsche Wirtschaft muss in 4 Jahren kriegsfähig sein.“ Pistorius will das heute in 5 Jahren schaffen und übernimmt mit seiner Forderung nach Kriegstüchtigkeit der ganzen Gesellschaft das, was Goebbels in seiner Rede nach dem missglückten Attentat auf Hitler am 26. Juli 44 so formulierte: „Ich verspreche dem deutschen Volke, nichts unversucht zu lassen, um in wenigen Wochen die Heimat in jeder Beziehung kriegstüchtig zu machen.“ Unglaublich, oder?

Unglaublich auch, dass es auch heute bisher noch keinen wirklich hörbaren Widerstand gibt gegen die geradezu euphorische Kriegsfreude unserer Regierenden.

Ja damals wie heute haben die deutschen Regierenden ihre Untertanen gern, so geschichtsvergessen und widerspruchslos. Das zu ändern müssen wir verdammt nochmal hinkriegen!

Die Politik der deutschen Regierung ist unverantwortlich. Harald Kujat wirft ihr „Inkompetenz, Ignoranz und Ideologie“ vor. Seit der Ankündigung von Merz, nun doch auch Waffen mit großer Reichweite in die Ukraine zu liefern, die weit ins Hinterland Russlands einschlagen können, sind die drei großen I „Inkompetenz, Ignoranz und Ideologie“ wohl bewiesen und es hört sich fast wie eine Kriegserklärung an.

Zum brutalen Vernichtungskrieg, den Israel nun offen gegen die Palästinenser führt, gibt es bisher

auch keinen beeindruckenden Aufschrei in Deutschland, vergleichbar mit anderen Ländern. Auch die Angriffe Israels auf die Nachbarländer werden mehr oder weniger toleriert. Iran soll sich zurückhalten, sagt der Kanzler. Und Israel leiste die „Drecksarbeit“ für uns alle, für die er sich bedankt. Hat das Beschwören der sogenannten „Staatsräson“ jede Hirnzelle verkleistert?

Die Verbrechen der israelischen Regierung anzuprangern, ist nicht antisemitisch! Einen Völkermord aber geschehen zu lassen, die Angriffe Israels auf Nachbarländer, die Tötung von iranischen Wissenschaftlern und Militärs, die Bombardierung von Atomanlagen und Ölraffinerien, die Zerstörung der Lebensgrundlagen im Westjordanland oder wo sonst noch Palästinenser versuchen, zu überleben einfach hinzunehmen, das ist dagegen eine moralische, menschliche Schande!

Wir haben am 14.6. zusammen mit zwei Palästinensischen Organisationen und der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost sowie mit Unterstützung von weit mehr als 80 Gruppen eine Kundgebung organisiert gegen den Völkermord, das Aushungern und die Vertreibung der Palästinenser. Wir durften nicht am Brandenburger Tor demonstrieren. Die Begründung lautete: Das Brandenburger Tor sei „inzwischen ein wichtiges Ausdrucksmittel, um politische Botschaften Berlins zu verbreiten“. Natürlich nur genehme, wie z.B. nach dem Anschlag der Hamas aus Solidarität mit Israel die israelische Flagge auf das Tor zu projizieren.

Die politische Botschaft jedoch, das kaum noch in Worte zu fassende Grauen, das die Palästinenserinnen und Palästinenser seit 1 ½ Jahren in dem Vernichtungskrieg, den Israel in Gaza führt, erleben müssen - falls sie es überhaupt überleben – zu verurteilen und den brutalen Überfall auf ein Nachbarland, diese politischen Botschaften sind unerwünscht, weil da ja evtl. eine verbotene Parole gerufen oder ein verfassungswidriges Symbol gezeigt werden könnten.

Unsere Kundgebung war friedlich, solidarisch und verlief, von einigen Personenüberprüfungen und Festnahmen abgesehen, in Eintracht.

Einen Tag später, am ersten Nationalen Veteranentag, dem Volksfest für Kriegsbegeisterte, gab es wieder Proteste und kreative Aktionen. Auch diese wurden versucht, vom Kriegsrummel fernzuhalten. Trotzdem gelang es einer Gruppe, direkt vor der Bühne bei der Verleihung von Orden an Veteranen durch Frau Klöckner ein „Die-in“ zu veranstalten. Der Wille zur Kriegstüchtigkeit ist noch nicht überall in der Bevölkerung ganz angekommen! Zur Bundeswehr gehen ist kein Abenteuerspiel, sondern eins, was womöglich einen tödlichen Ausgang nimmt. Da bildet sich jedoch bereits Widerstand, den es zu unterstützen gilt, wie die Initiative „NEIN zur Wehrpflicht“. Nix Wehrpflicht, sondern sich Wehren gegen die Pflicht ist angesagt.

Liebe Genossinnen und Genossen! Die Zeiten sind schlecht. Die Handlungsspielräume für Proteste werden immer kleiner und Stück für Stück weiter eingeschränkt.

Was uns bleibt ist weiter zu machen, gemeinsam, unbeirrt, gegen die permanente öffentliche Verdummung unsere Argumente, unsere Aktionen, unsere Ideen und unsere Widerstandskraft zu setzen! Reinhard Mey schreibt in seinem Lied „Sei wachsam“: „Pass auf, dass du deine Freiheit nutzt, die Freiheit nutzt sich ab, wenn du sie nicht nutzt!!! Nutzen wir sie also, solange es noch geht!

Sammeln wir weiter Unterschriften unter den Berliner Appell, damit wir die geplante Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen verhindern! Ihr seid das beste Vorbild!

Stören wir die Bundeswehr bei ihrem Werben fürs Sterben!

Verweigern wir die Kriegstüchtigkeit, den Wehrdienst!

Unterstützen wir die Palästinenser in ihrem Kampf für ein würdevolles freies Leben!

Überzeugen wir die Gewerkschaften, dass Soziale Gerechtigkeit nur zu erreichen ist, wenn es statt Hochrüstung und Militärausgaben von 3,5, 5 oder wie viel Prozent vom BIP auch immer, endlich Abrüstung gibt!

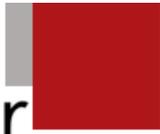
Widerlegen wir die Lüge, Russland bedrohe uns. Setzen wir Fakten gegen die substanzlosen Behauptungen!

Unsere nächsten Aktionen:

- 5. Juli Aktionstag für den Berliner Appell
- 6. Juli Konferenz gegen die Wehrpflicht in Frankfurt
- 19. Juli Bundesweite Demo gegen den Genozid
- September Antikriegstag 3. Oktober Bundesweite Demo in Berlin und Stuttgart

Wir haben kaum eine Chance, aber lasst uns diese tatkräftig nutzen!!!!

(Rednerin Jutta Kausch-Henken)



**Deutscher Freidenker-Verband,
Klaus Hartmann**

Liebe Genossinnen und Genossen,

es stimmt zuversichtlich, dass mit Eurer vorgeschlagenen Handlungsorientierung der Kampf gegen die „Kriegstüchtigkeit“ in den Mittelpunkt der künftigen Aktivitäten der Kommunistischen Partei gestellt wird. Dabei werdet Ihr im Freidenkerverband immer einen verlässlichen Partner haben. Unser Bundesverbandstag vor drei Wochen im thüringischen Bad Frankenhausen stand unter dem Motto „Gegen Militarismus, Gesinnungsjustiz und Zensur! Freundschaft mit Russland und China!“, woraus erkennbar wird, dass wir entsprechende Prioritäten haben.

Vordringlich ist aktuell die Mobilisierung gegen die Aggression des zionistischen Regimes gegen den Iran, seine fortgesetzten Angriffe gegen Libanon und Syrien sowie den Völkermord und die ethnische Säuberung in Palästina. Wer die Waffenbrüder- und Komplizenschaft mit diesem faschistischen Regime als „deutsche Staatsräson“ verbrämt, stellt sich auf eine Stufe mit den kriminellen Völkermördern.

Die Berliner Untergangskoalition macht große Fortschritte auf ihrem Kriegskurs, indem sie neben astronomischen neuen Kriegskrediten generell die Kosten für Hochrüstung und Krieg fortan von der Schuldenbremse ausgenommen hat. Im Rahmen einer „Koalition der (Mord-)Willigen“, träumen sie ihren wahnhaften Traum vom „Sieg über Russland“, für die Kriegskanzler Merz gar „die wichtigste Landverbindung zwischen Russland und der Krim zerstören“ lassen will. Das die Zielkoordinaten liefernde US-Hauptquartier in Wiesbaden ist das perfekte Ziel eines Gegenschlages.

Gegen den reaktionären Staatsumbau, die Einschränkung der Meinungsfreiheit und des Versammlungsrechts durch juristische Mittel, die Bedrohung von Medien, von der *Jungen Welt* über die *Nachdenkseiten* und andere Alternative Medien mit Verboten und Zensur, ebenso wie den von der EU widerrechtlich verbotenen russischen Medien, ist Solidarität und Widerstand geboten, die entschlossene Verteidigung demokratischer Rechte.

Die von Euch als zentrale Herausforderung benannte Stärkung der Friedensbewegung braucht Klarheit in den Köpfen und sollte zwei Probleme ins Visier nehmen: Keinen Fußbreit eines Zugeständnisses an die NATO-Kriegstreiberpropaganda, wir stehen an der Seite der Russischen Föderation und der BRICS-Staaten! Die Spaltungsversuche der Regierung und ihres geheimdienstlich-medialen Komplexes, Kriegsgegner und alternative Medien als „rechts“ zu diffamieren und sie aus der Friedensfront auszugrenzen, müssen gemeinsam offensiv zurückgewiesen werden.

Solidarische Grüße

Stellvertretender Bundesvorsitzender



Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V.

Liebe Freund:innen und Genoss:innen,

zum Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei übermitteln wir Euch unsere herzlichen und solidarischen Grüße.

Wir verbinden mit der DKP eine langjährige, vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Solidaritätsarbeit mit dem sozialistischen Kuba. Euer kontinuierliches Engagement – insbesondere in den Solidaritätsprojekten im kubanischen Gesundheitswesen – ist ein lebendiger Ausdruck praktischen Internationalismus'. Ebenso sind die gemeinsam mit uns durchgeführten UZ-Leser:innenreisen nach Kuba wichtige Beiträge zur politischen Bildung und zur Festigung der Freundschaft zwischen unseren Völkern.

In einer Zeit, in der die imperialistische Aggression gegen Kuba anhält und weltweit Militarisierung, soziale Spaltung und Umweltzerstörung zunehmen, braucht es eine starke, internationalistische Linke. Eure klare Haltung gegen Krieg und Ausbeutung, Eure Solidarität mit dem kubanischen Volk und Euer Eintreten für eine sozialistische Alternative sind ein wichtiger Beitrag in diesem Kampf.

Wir wünschen Euch einen erfolgreichen Parteitag, konstruktive Debatten, politische Klarheit und Zuversicht für die kommenden Aufgaben.

Hoch die internationale Solidarität!

Es lebe die Freundschaft zwischen der DKP und dem revolutionären Kuba!

¡Viva Cuba socialista!

Mit solidarischen Grüßen Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V



FRIEDENSGLOCKENGESELLSCHAFT
BERLIN e.V.

Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.

Lieber Gen. Patrik Köbele,

liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Friedensfreunde,

wir bedanken uns herzlich für die solidarische Unterstützung und wertvolle Zusammenarbeit in unserer gemeinsamen friedenspolitischen Arbeit. In Zeiten massiver Aufrüstung, aktueller Krisen und der zunehmenden Faschisierung der Gesellschaft bleibt es entscheidend, breite Bündnisse im gemeinsamen Kampf für den Frieden einzugehen, ganz im Sinne von Lenin zu Fragen der Strategie und Taktik. Wir müssen uns entschlossener der Geschichtsverfälschung und der wachsenden Russophobie entgegen stellen. Die Geschichte lehrt uns, dass jeder Krieg mit Hass auf andere Völker vorbereitet wird und historische Tatsachen umgedeutet werden.

Frieden, Völkerverständigung, internationale Solidarität und die Freundschaft mit dem russischen Volk bleiben für uns von größter Bedeutung.

Lasst uns gemeinsam und in breiten Bündnissen für eine friedlichere und gerechtere Zukunft kämpfen! Für den 26. Parteitag euch viel Erfolg!

Anja Mewes

Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.

Vorsitzende

Gesellschaft für deutsch-russische Freundschaft e.V.

Liebe Delegierte und Gäste, liebe Freunde!



Im Namen unserer Vereinsmitglieder der Gesellschaft für Deutsch-Russische Freundschaft e. V. möchte ich mich für die Einladung zu eurem 26. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei ganz herzlich bedanken. Wir als Gesellschaft für Deutsch-Russische Freundschaft stehen in der Tradition der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“ wie sie im Nachkriegs-Deutschland 1946 entstand und in der Deutschen Demokratischen Republik ihre Entwicklung nahm.

Der 26. Parteitag findet zu einer Zeit statt, in der die Frage „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ zu einer entscheidenden Frage für die weitere Existenz der Menschheit geworden ist. Der Kampf um die Erhaltung des Friedens und vor allem Frieden mit Russland ist aktueller denn je geworden. Wir als Verein haben hier einen klaren Standpunkt, der darin besteht, dass wir nicht von einem verbrecherischen Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine sprechen, sondern die Umstände benennen, die die Russische Föderation dazu nötigte mit einer militärischen Sonderoperation ihre eigenen Sicherheitsinteressen zu wahren.

Die seit 2022 eskalierende „Russophobie“ in der Bundesrepublik Deutschland nimmt schon krankhafte Züge an. Leider erfolgt durch die hiesige Medienlandschaft keine realistische Berichterstattung und wird alles sofort verfolgt und niedergemacht, was sich der vorgegebenen Sichtweisen widersetzt. Es ist für uns als Verein Verpflichtung und Aufgabe Solidarität und Freundschaft mit allen Völkern zu fördern und insbesondere mit den Völkern der Russischen Föderation. Eingeschlossen der Kampf gegen faschistische und neonazistische Entwicklungen.

Wir sind als Verein parteipolitisch unabhängig positioniert, stehen aber einer Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen zu bestimmten Themen nicht ablehnend gegenüber. Leider müssen wir hierbei in Betracht ziehen, dass unsere Existenz und unser Tun sehr genau beobachtet wird. Um einen weiteren Demokratieabbau sowie einer weiteren Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit entgegenzuwirken, ist es erforderlich, dass sich alle gesellschaftlichen Kräfte sammeln und öffentlich ihren Widerstand artikulieren.

In der Einladung zum Parteitag wurde bereits abgekündigt, welche Aufgaben sich die DKP für die weitere gesellschaftliche Arbeit zu wendet. Wir wünschen den Delegierten und Gästen eine konstruktive Arbeitsatmosphäre und politische Weitsicht.

Mit solidarischen Grüßen

Lothar Schlüter

Vorstandsvorsitzender

Gesellschaft für Dialektische Philosophie, Hannes Fellner

Liebe Genossinnen und Genossen der DKP,

für die Einladung zum 26. Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei danke ich Euch im Namen der Gesellschaft für Dialektische Philosophie sehr herzlich. Eure Analyse des gegenwärtigen gesellschaftlichen Umbaus als Ausdruck einer verschärften Reaktion, die Militarisierung, Sozialabbau und ideologische Repression zur neuen Staatsräson verbindet, trifft den Kern der Lage. In einer solchen Situation genügt moralische Empörung nicht – es braucht die Klarheit der Theorie und die Entschlossenheit der Organisation.

Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis – diese Einsicht ist nicht nur ein Bonmot Lenins, sondern bleibt das Fundament jeder ernsthaften kommunistischen Politik. Die Dialektik ist in diesem Sinn nichts Abstraktes: Sie ist das Mittel der Erkenntnis und der Veränderung, die „Algebra der Revolution“. Die Gesellschaft für Dialektische Philosophie versteht sich als Teil jenes theoretischen und praktischen Kampfes, der unabdingbar ist, wenn aus Widerspruch Bewegung und aus Bewegung Veränderung werden soll.

Wir verfolgen mit großem Interesse die strategische Orientierung, die die DKP mit ihrer Handlungsorientierung vorschlägt: den Kampf um Frieden als Klassenkampf, die Verbindung von sozialer und antiimperialistischer Praxis, und das Ziel, die Arbeiterklasse aus der imperialistischen Integration zu lösen. Dies sind nicht nur politische Aufgaben, sondern theoretisch vermittelte – und damit auch dialektische.

Leider ist es mir aus terminlichen Gründen nicht möglich, am Parteitag teilzunehmen. Ich bedaure dies ausdrücklich. Die Gesellschaft für Dialektische Philosophie wird jedoch weiterhin ihren Beitrag dazu leisten, dass der Kampf für den Sozialismus auf einer begrifflich und organisatorisch gefestigten Grundlage geführt werden kann – im Sinne einer Organisation der Dialektiker. Diesen Weg wollen wir weiter gemeinsam beschreiten und stehen Euch weiterhin mit Rat und Tat zur Seite.

Wir wünschen Euch einen kämpferischen und produktiven Parteitag.

Mit solidarischen Grüßen

Hannes Fellner

für die Gesellschaft für Dialektische Philosophie



Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V. GRH

Liebe Genossinnen und Genossen der DKP!

Die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V. (GRH) übermittelt Euch herzliche Kampfesgrüße.

Euer Parteitag findet in einer Zeit harter Klassenauseinandersetzungen statt. "Zeitenwende", "Staatsräson" und "Kriegstüchtigkeit" bestimmen die Marschroute Deutschlands für die nächsten Jahre. Der deutsche Imperialismus rüstet zum wiederholten Male gegen Russland. Die Vorbereitungen im Lande sind im vollen Gange: mit immensen Rüstungsausgaben, Sanktionen, beispielloser Russophobie, Geschichtsklitterung und der Unterstützung des NATO-Krieges in der Ukraine.

Alles auf Kosten und zu Lasten der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen.

Gleichzeitig werden demokratische Rechte abgebaut, Meinungsfreiheit durch Meinungsdictat ersetzt, Andersdenkende sanktioniert und verfolgt.

In allen internationalen Konflikten steht Deutschland auf Seiten der Reaktion und der Missachtung des Völkerrechts. Statt den Genozid an den Palästinensern zu verurteilen, unterstützt es moralisch und mit Waffenlieferungen das Netanjahu-Regime. Statt sich eindeutig gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Iran auszusprechen, verbreitet es die Lüge von einer Selbstverteidigung Israels.

Wir begrüßen, dass die DKP in ihrer Politik eindeutige Positionen bezieht und die inhumane Politik der Machthaber Deutschlands konsequent verurteilt. Die GRH hat dies auf ihrer Wahlversammlung am 14. Juni 2025 mit einmütigen Beschlüssen ebenfalls getan. Mit unserem Leitgedanken "Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit" fühlen wir uns mit Euch im Grundanliegen eng verbunden. Wir betrachten uns als Teil eines Bündnisses, das für eine neue Weltordnung, für eine multipolare Gemeinschaft friedlicher, gleichberechtigter Staaten und Völker streitet.

In diesem Sinne wünschen wir Euch einen konstruktiven Parteitag und zielorientierte Beschlüsse.

Mit kommunistischem Gruß

Hans Bauer – Vorsitzender



Marx-Engels-Stiftung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben mit dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ eine gemeinsame Geburtsurkunde, auch wenn die DKP in ihrer jetzigen Form erst 1968 und die Marx-Engels-Stiftung erst 1970 gegründet wurde. Seit 1848 sind wir Geschwister im Geist, im Wort und durch die Tat.

Gemeinsam haben wir viele Kämpfe gekämpft, einige Siege gefeiert, Niederlagen einstecken müssen und den Geschmack des Ringens um den Erhalt unserer Organisationen kennengelernt.

Jetzt, wo die 200-Jahr-Feier des Beginns unserer Bewegung langsam in Sichtweite gerät, stehen alle diejenigen, die sich der Tradition von Karl Marx und Friedrich Engels verpflichtet fühlen, vor ihrer vielleicht bislang größten Herausforderung.

Gemeinsam mit allen Kräften der Vernunft in diesem Lande, in der die Unvernunft so oft das Zepter schwang, haben wir an vorderster Front dafür zu sorgen, dass nicht zum dritten Mal innerhalb von drei Menschenaltern die Deutschen an eine Kriegsfront gegen Russland gelogen werden. Und weil wir wissen, dass der Kapitalismus den Krieg in sich trägt wie die Wolken den Regen, verbinden wir diesen Kampf mit dem Kampf um Sozialismus – auch um die Geißel des Krieges ein für alle Mal von diesem Erdball zu tilgen.

Das Wort von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von der Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ ist aktueller denn je. Wir sind froh, mit Publikationen und Konferenzen und der Unterstützung der nachwachsenden Generation von Marxistinnen und Marxisten in Deutschland unseren Beitrag für diesen Kampf leisten zu können.

Und wir froh und stolz, Euch dabei an unserer Seite zu wissen.

Wir wünschen Euch von ganzem Herzen einen erfolgreichen Parteitag!

Manfred Sohn
(Vorsitzender)



Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main a.D. Peter Feldmann

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich freue mich, dass Ihr mich gebeten habt für Euren Parteitag ein Grußwort zu verfassen und bedauere sehr, dass ich dies heute nicht hier persönlich vortragen kann.

Die Welt wird heute von gefährlichen Krisen und Konflikten erschüttert.

Die Gefahr einer militärischen Eskalation – bis hin zu einem Atomkrieg – ist real. Die Aufrüstungsspirale, die Stationierung von Mittelstreckenraketen, der Einsatz künstlicher Intelligenz für immer präzisere Kriegsführung und die aggressive Rhetorik der Großmächte heizen die Spannungen weiter an. Gleichzeitig brennen die Kriegsherde dieser Welt: der grausame Krieg in Gaza, die anhaltenden Kämpfe in der Ukraine und erneut im Iran, die vergessenen Konflikte im Jemen und in vielen Teilen Afrikas. Überall leiden Menschen unter Gewalt, Vertreibung und Hunger.

Als früherer Oberbürgermeister dieser Stadt trat ich schon früh dem internationalen Städtenetzwerk „Mayors for Peace“ bei – einer Initiative, die 1982 von den Bürgermeistern von Hiroshima und Nagasaki gegründet wurde. Beide Städte, die 1945 die unfassbare Grausamkeit atomarer Vernichtung erlitten hatten, wurden zu Wegbereitern dieser globalen Friedensallianz. Heute umfasst das Netzwerk über 8.000 Städte in 166 Ländern – ein beeindruckendes Zeichen weltweiter Solidarität. Dennoch hat dies nicht zu einer nennenswerten atomaren Abrüstung geführt. Gerade im Gegenteil erleben wir ein neues Wettrüsten.

Deswegen habe ich auch den Berliner Apell unterzeichnet.

In einer Zeit großer sozialer Auseinandersetzungen und friedenspolitischen Gefahren ist mir als „Mayor for Peace“ bewusst, welche klare Position Sozialisten vertreten müssen.

Doch während die Militärausgaben Rekordhöhen erreichen, fehlt das Geld für Bildung, Gesundheit und bezahlbaren Wohnraum. Die Aufrüstung verschärft nicht nur die Kriegsgefahr – sie untergräbt auch die soziale Gerechtigkeit. Wir brauchen eine Kehrtwende: weg von der Logik der Abschreckung, hin zu einer Politik der gemeinsamen Sicherheit und zivilen Konfliktlösung!

Auch hier in Frankfurt spüren wir die Folgen dieser Politik. Doch unsere Stadt zeigt zugleich, wie erfolgreich sozialer Widerstand sein kann!

Die sozialen Kämpfe wurden hier stets von den Menschen selbst mit großer Entschlossenheit geführt – oft unterstützt von kämpferischen Kommunistinnen und Kommunisten, wie sie in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) organisiert sind.

Frankfurt ist eine Stadt, die sich immer dem Sozialabbau und Sozialkürzungen und dem Zeitgeist widersetzt hat.

Erinnern wir uns auch was gemeinsam erkämpft werden konnte: Die sozialen Kämpfe in unserer Stadt sind immer von den Menschen selbst und mit großer Stärke geführt worden.:

- die Durchsetzung kostenfreier KITAS für alle Kinder (mit kämpferischen Müttern)
- der Mietpreisstopp für die kommunalen und landesweiten Wohnbaugesellschaften ABG und NH (mit starken Mieterinitiativen)
- die kostenlosen Schwimmbäder für Kinder und Jugendliche (mit den Sportvereinen)

- die Einführung von 1 Euro Tickets für Senioren, für Kinder, Jugendliche und Schüler (mit Stadtschülerräten und dem Seniorenrat)
- kostenlose Museen und Zoo (mit den Kulturinitiativen) für unseren Nachwuchs

Das Kommunisten ihr soziales Herz am rechten Fleck haben, wurde erst kürzlich erneut beim wunderbaren „Festival der Jugend“ eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit, für die Rechte der arbeitenden Jugend und gegen Militarisierung geht Hand in Hand.

Genossinnen und Genossen,

Frankfurt ist ein besonderer Ort!

Hier ist die berühmte sozialistisch-jüdisch geprägte „Frankfurter Schule“ als Reaktion auf Hitlerbarbarei und Holocaust nach der Nazizeit wiedergegründet worden.

Frankfurt ist die Stadt von Emil Carlebach, von Lore Wolf, von Etti und Peter Gingold, die hier mit der Benennung eines Platzes spät, aber vollkommen zu Recht für ihr jahrzehntelanges antifaschistisches Engagement geehrt werden sollen.

In Frankfurt hielt schon Rosa Luxemburg eine ihre berühmtesten und radikalsten Reden gegen Krieg und Militarisierung im „Titania“, für die sie anschließend über ein Jahr in Festungshaft saß.

Frankfurt ist aber auch die Stadt in der die lokale SPD als Konsequenz auf den Hitlerfaschismus die Zusammenarbeit und Einheit mit der KPD beschloss.

Frankfurt ist die Stadt, in der ehemalige Oberbürgermeister stolz auf ihre kommunistische Familienbiographie sind und andere Oberbürgermeisterfamilien zur Hälfte aus DKP Mitgliedern bestanden (Familie Arndt).

Schließlich ist Frankfurt interessanterweise die Stadt und Region, in der Veranstaltungen und Seminare der Deutschen Kommunistischen Partei gleichberechtigt öffentlich gefördert werden.

Und: Keinen wundert es.....

Aber vor allem ist Frankfurt meine Stadt- und jetzt die Eure!

Willkommen!

Peter Feldmann

Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main a.D.

RotFuchs-Förderverein e. V., Arnold Schölzel

Liebe Genossinnen und Genossen der DKP,

Der „RotFuchs“-Förderverein und die von ihm herausgegebene Zeitschrift „RotFuchs“ grüßen Euren Parteitag und wünschen Euch eine erfolgreiche Arbeit.

Ihr tagt in einer Zeit größter Gefahr für den Weltfrieden. Der Imperialismus hat eine Situation herbeigeführt, in der Länder wie Kuba, Russland und China vor einer atomaren Katastrophe warnen. Sie stehen so wie die DKP fest und besonnen an der Seite des Iran, des palästinensischen Volkes, an dem Israel einen Völkermord verübt, und an der Seite aller, die sich gegen die ideologischen und bewaffneten Angriffe des Imperialismus wehren.

Der „RotFuchs“ ist aufs engste mit der DKP verbunden, der einzigen deutschen Partei, die konsequent für Frieden mit Russland und China und gegen den Hochrüstungskurs der NATO und der Bundesregierung eintritt. Ohne die Mitwirkung vieler Genossinnen und Genossen der DKP in den mehr als 30 Regionalgruppen unseres Vereins für politische Bildung oder als Autoren für die Zeitschrift „RotFuchs“, ist unsere Arbeit kaum denkbar. Dafür und für die stets klare antiimperialistische und internationalistische Orientierung der DKP-Führung möchten wir uns herzlich bedanken. Mit den rund 9.000 Exemplaren des „RotFuchs“ versuchen wir, Monat für Monat, marxistisch-leninistische Theorie und geschichtliche Erfahrungen in viele Köpfe zu bringen.

Imperialistischer Krieg bedeutet stets auch Angriff der herrschenden Klasse auf die Arbeiterbewegung, verschärfte Repression und antikommunistische Hetze. Wir treten dem entgegen, sehen uns als eine Stimme der Vernunft und versuchen, alle Kräfte des Friedens zusammenzuführen. Dabei wissen wir Euch fest an unserer Seite. Auch dafür herzlichen Dank!

Im Namen des Vorstands des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. und der „RotFuchs“-Redaktion

Arnold Schölzel



SDAJ, Andrea Hornung

Liebe Genossinnen und Genossen,

„wer die Jugend hat, hat die Armee – wer die Jugend hat, hat die Zukunft“, so Karl Liebknecht vor mehr als 100 Jahren. Wie wahr das ist, das zeigt sich heute, wo die Wehrpflicht wieder eingeführt werden soll. Patrik Köbele hat es in seinem Referat erwähnt: Noch in diesem Jahr soll zunächst ein freiwilliger Wehrdienst eingeführt werden, Pistorius und Merz kündigten aber bereits an, dass das nicht ausreichen werde. Im Fall eines großen Kriegs an der Ostfront, so der Reservistenverband, müsse man mit bis zu 5.000 toten NATO-Soldaten pro Tag rechnen. Dafür braucht es ausreichend Menschenmaterial. Die Wehrpflicht hat aber noch eine zweite Funktion: Wir sollen militarisiert werden. Denn um einen großen Krieg zu führen, braucht es eine geschlossene Heimatfront, braucht es eine Bevölkerung, die nicht nur keinen Widerstand leistet, sondern die aktiv mitwirkt. Dafür wird uns beigebracht, dass die Bundeswehr gut und Aufrüstung und Krieg notwendig sei.

Ja, ein großer Krieg, der sich vor allem gegen China und Russland richtet, wird gerade vorbereitet, Patrik hat es in seinem Referat ausgeführt. Denn der deutsche Imperialismus sieht sich vom Abstieg bedroht – drei Jahre Nullwachstum in Folge, die letzte Krise ist noch nicht überwunden, der Verlust der billigen Energie aus Russland schmerzt, die Konkurrenz durch Chinas Exportorientierung wird stärker und auch die US-amerikanischen Zölle treffen das deutsche Kapital hart. Die zwischenimperialistischen Widersprüche spitzen sich zu. Der deutsche Imperialismus bereitet den Krieg an der Seite der USA vor und versucht gleichzeitig, strategische Autonomie über die EU zu erreichen. So heißt es im EU-Whitepaper, dass sich die EU auch gegenüber den USA in Stellung bringen müsste. Die Stationierung von Mittelstreckenraketen, Aufrüstung, Kriegsvorbereitung und Wehrpflicht, die Sanktionen gegenüber Konkurrenten ist aus Sicht des deutschen Monopolkapitals vernünftig – wenn auch für die Arbeiterklasse, für die Menschheit höchst gefährlich. Denn so etwas wie eine abstrakte Vernunft gibt es im Imperialismus nicht – was vernünftig ist, ist abhängig vom Klassenstandpunkt. Und für das deutsche Monopolkapital ist es eben auch vernünftig, gerade 10.000e Stellen abzubauen, den Karenztag einzuführen, alles zu kürzen, was nicht unmittelbar den Interessen des Monopolkapitals dient und gleichzeitig milliarden schwere Entlastungspakete für Großkonzerne zu schmieden. Die große Koalition setzt fort, was die Ampel und andere Regierungen vorher taten: Sie setzt die Interessen des deutschen Monopolkapitals durch.

Die Folgen für die Jugend in Deutschland: Die Jugendarbeitslosigkeit ist seit 2022 um 40% gestiegen, Stellenabbau trifft uns besonders, weil es keine Jobs und Ausbildungsplätze mehr gibt und weil wir besonders oft in befristeten Arbeitsverhältnissen arbeiten, weitere Jugendzentren werden geschlossen, Schulen zerfallen, wie hier um die Ecke in Frankfurt, wo ein Drittel einer Schule, der IGS Süd, wegen Baufälligkeit geschlossen wurde und das Gebäude durch 500 Stahlstützen abgestützt werden muss. Mit den sich zuspitzenden Widersprüche nehmen die Ängste Jugendlicher vor einem großen Krieg, vor Armut, vor dem Klimawandel zu. Das spiegelt sich jedoch, mit Ausnahme der Palästina- und der Anti-AfD-Proteste, kaum in Protesten wider – und die Anti-AfD-Proteste dienen leider im Wesentlichen der Formierung hinter der aktuellen Regierung. Denn Jugendliche kennen kaum große Bewegungen und Kämpfe, Individualismus ist weit verbreitet – ob als Hustle Culture oder indem sich selbst die Schuld für die eigene Lage gegeben wird. Die Bedrohungslüge und die Erzählung, dass wir „gute Europäer“ Verantwortung übernehmen müssten, verfängt insgesamt. Andererseits wächst auch die Unzufriedenheit über die politische Lage und die Mehrheit der Jugendlichen ist gegen die Wehrpflicht – das ist ein Ansatzpunkt für uns.

Vor dem Hintergrund der politischen Lage und weil wir als SDAJ in den letzten Jahren mit Kampagnen wie „Eure Krieg – ohne uns!“ und Aktionstätigkeit darauf reagiert haben, weil wir Jugendlichen auf der Suche nach politischer Aktivität und Organisation ein Angebot gemacht haben, haben wir es, das erste Mal seit der Konterrevolution geschafft, ernsthaft zu wachsen. Wir sind weiterhin eine kleine Organisation – aber wir konnten uns in den letzten 5 Jahren fast verdoppeln, haben mittlerweile 56 Gruppen, 13 davon in Ostdeutschland – und zwei Betriebsgruppen, viele weitere Schul- und Betriebsgruppenansätze, in ersten Städten auch mehrere Ortsgruppen in einer Stadt. Das ist auch deshalb gelungen, weil wir unsere Strukturen, insbesondere unsere Landesleitungen, in den letzten Jahren gestärkt haben, sie sind ein Schlüssel des Wachstums. Denn sie ermöglichen, die Gruppen und Gruppenansätze vor Ort auf Grundlage unserer gemeinsamen Beschlüsse anzuleiten, sie zu unterstützen, ihre Erfahrungen zu verallgemeinern und daraus zu lernen. Als Jugendverband sehen wir unsere Aufgabe darin, Klassenbewusstsein unter der lernenden und arbeitenden Jugend zu schaffen, diese im Kampf zu organisieren und uns gegenseitig zu Kommunisten zu erziehen. Das Wachstum ist dafür eine große Chance, aber auch eine Herausforderung: Wie schaffen wir es, so viele neue Leute auszubilden, in Kämpfen zu erziehen und gemeinsam zu lernen? Gute Voraussetzungen dafür haben wir, weil diejenigen, die sich entschieden haben, in der SDAJ mitzumachen, regelmäßig zu unseren Treffen kommen, sich in unsere Politikentwicklung und Aktivität einbringen. Vor dem Hintergrund des Wachstums hat sich auch gezeigt, dass es richtig war, unsere jährlichen bundesweiten Schulungen zu Antifaschismus, politischer Ökonomie, marxistischer Philosophie und wissenschaftlichem Sozialismus zu verdoppeln, dass wir Schulungen zu Interessenvertretungspolitik und ein Leitungsseminar etabliert haben – wir wollen die Schulungen nun noch weiter ausbauen. Wir haben außerdem festgestellt, dass unsere Verankerung unter Schüler:innen abgenommen hat und wollen darum kämpfen, wieder eine Organisation von Schüler:innen zu werden. Und wir haben festgestellt: Wir müssen wieder aktiver werden, müssen mehr in Kämpfe kommen. Dazu diskutieren wir regelmäßig auf unseren Gruppenabenden über mögliche Ansatzpunkte an den Lebensschwerpunkten unserer Genoss:innen – also Schule, Uni und Betrieb -, wollen Schul- und Betriebsgruppen gründen und Jugendbündnisse gegen die Wehrpflicht gründen. Einige Positivbeispiele gibt es – wie die Gründung einer Betriebsjugendgruppe der EVG hier in Frankfurt, die sich gegen den Stellenabbau bei VW wie bei der Bahn selbst stellt, in der Tarifrunde einen Offenen Brief unter dem Titel „Die Jugend will streiken“ geschrieben hat und sich damit gegen einen schnellen Tarifabschluss eingesetzt hat und gegen marode Berufsschulen kämpft.

Die Stärkung der SDAJ hat sich auch auf dem Festival der Jugend gezeigt. Das erste Mal seit 20 Jahren konnten wir es nicht im Jugendpark in Köln durchführen – aus politischen Gründen, weil wir dem herrschenden System unversöhnlich gegenüberstehen und explizit auch wegen unserer Nähe zur DKP – und mussten nach Bottrop ausweichen. Das war ein großer Kraftakt, und dennoch konnten wir, mit über 200 Verantwortungen, durch das gemeinsame Anpacken aller Festival-Besucher, ein tolles Festival auf die Beine stellen, mit dem wir ausgestrahlt haben, mit dem wir Kraft tanken konnten, mit dem wir gemeinsam deutlich gemacht haben: Es ist Zeit für Widerstand! Aber: Wir konnten das nur deshalb, weil wir euch an unserer Seite haben – ohne eure riesige Unterstützung, ob in der Vorbereitung, bei rechtlichen Fragen, beim Aufbau, Essen, Programm oder durch Spenden – ohne euch wäre das nicht möglich gewesen. Dafür möchte ich mich im Namen der SDAJ ganz herzlich bedanken!

Und wir haben natürlich direkt das nächste Großprojekt vor uns: Im kommenden Jahr wollen wir wieder Solidaritäts-Brigaden ins sozialistische Kuba schicken. Ihr wisst, wie schwer die Situation auf Kuba ist, wie hart Kuba die Blockade und die Terrorliste trifft. Für uns sind die Brigaden Teil unseres proletarischen Internationalismus. Denn Kuba, das seit 1959 allen Angriffen des Imperialismus widersteht straft die Herrschenden Lügen: Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte! Wir sammeln hier heute auch Spenden für die Brigaden und freuen uns, wenn ihr uns auch hier unterstützt! Sehr gerne berichten unsere Brigadisten nach den Brigaden bei euren Parteigruppen vor Ort.

Wir sind als SDAJ eine selbstständige Jugendorganisation. Schon Liebknecht, Zetkin und Lenin wussten, dass es diese braucht, weil die Jugend sich dem Sozialismus auf anderen Wegen nähert. Als wir im letzten Jahr unser neues Zukunftspapier, unsere neue programmatische Grundlage beschlossen haben, haben wir festgehalten, dass es eine kommunistische Partei, eine generationenübergreifende Vorhut der Arbeiterklasse braucht, und dass das für uns die Deutsche Kommunistische Partei ist. Das Verhältnis von Partei und Jugendverband muss eins der Kampfgemeinschaft sein, die wir uns immer wieder gemeinsam erarbeiten müssen. Die Mitgliedsbuchneuausgabe hat gezeigt: Da sind wir gemeinsam dran – und gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Repressionen, der sich zuspitzenden politischen Lage ist das mehr als notwendig. Auch wenn wir uns als SDAJ fast verdoppelt haben, ist der Anteil der DKP-Mitglieder in der SDAJ gleich geblieben und liegt weiterhin bei etwa ein Drittel. Das ist ein Erfolg unserer Zusammenarbeit. Aber: Auch wenn wir vor Ort oft zusammen in Aktion ist, sprechen wir uns zu wenig miteinander ab, machen zu wenig gemeinsame Bildungsarbeit, kennen uns zu schlecht. Der Übergang von Mitgliedern der SDAJ in die DKP ist zwar in den letzten Jahren besser geworden, dennoch bestehen hier weiterhin Probleme, die wir gemeinsam lösen müssen. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass wir die auf zentraler Ebene wie vor Ort in gemeinsame Kämpfe kommen und die gemeinsame Diskussion miteinander führen, dass es auch zentrale Diskussionsangebote gibt, bei denen sich auch junge Genossinnen und Genossen einbringen können, auch zu strittigen Fragen – ob zum Charakter der Volksrepublik China und Sozialismusverständnis, zu Imperialismus oder zur Einschätzung der aktuellen Lage. Um das Verhältnis von SDAJ und DKP zu stärken, schlägt der DKP-Parteivorstand auch vor, dass ich Teil des kommenden Parteivorstands werde. Das hat der Bundevorstand der SDAJ ausdrücklich sehr begrüßt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind stolz darauf, euch als Kampforganisation und als Partei des historischen Fortschritts an unserer Seite zu haben, als Partei, die die Erfahrung der Arbeiterbewegung trägt, die so einen immensen Erfahrungsschatz in sich vereint, von der wir als junge Kommunistinnen und Kommunisten so viel lernen können und müssen.

Ich freue mich, euch die herzlichsten Grüße und besten Glückwünsche der SDAJ zum Parteitag überbringen zu dürfen. Lasst uns unsere Kampfgemeinschaft stärken, lasst uns gemeinsam auf die Straße gegen, gegen Wehrpflicht, US-Mittelstreckenraketen und Hochrüstung! Lasst uns herausgehen zur Tarifrunde der Länder, gegen die Stellenstreichungen! Lasst uns gemeinsam deutlich machen, worin die gemeinsame Ursache von Sozialabbau und Krieg liegt – im Kapitalismus unserer Zeit!